

Herforder Zeitung

Bezugs-Preis 4.00 Mark

monatlich. Bei Postbezug 4.00 Mark und Bestellgeld. Die Zeitung erscheint täglich, außer Sonn- und Feiertag, mittags

für Stadt



Druck und Verlag Fr. Kühle
Geschäftsstelle: Herford,
Rennstraße 29/31

und Land



Fernsprecher Nr. 53 und 151
Postfachkonto Nr. 5796
Scheidt-Hammoder

Anzeigenpreis 20 Pfennig

die 1 spalt. Millimeterzeile ober-
derer Raum für Stadt u. Land-
kreis Herford, sonst 25 Pfennig.
Reklamen die Zeile 2.00 Mark.

Generalanzeiger für Stadt- und Landkreis Herford

Amstlicher Anzeiger für Stadt- u. Landkreis Herford

Nr. 25.

Herford, Montag, den 31. Januar 1921

39. Jahrgang.

Oberschlesier im Reich!

Am 3. Februar, abends 6 Uhr, werden die Listen der Stimmberechtigten abgeschlossen. Wer nicht in der Liste steht, darf nicht abstimmen. Unsere Mehrheit bei der Abstimmung muß überwältigend werden. Es darf nicht der geringste Vorwand bleiben, an dem Ergebnis zu deuteln. Um dies zu erreichen, brauchen wir Euch, Ihr Brüder und Schwestern im Reich, habt Ihr Euch angemeldet zur Eintragung in die Stimmliste? Wenn nicht, so tut es in letzter Stunde, tut es noch heute, allenfalls kommt die Anmeldung noch rechtzeitig, wenn sie am Montag oder Dienstag erfolgt. Aber in den letzten Tagen häuft sich diese Arbeit so, daß Ihr vielleicht zu spät kommt. Deshalb meldet Euch heute sofort bei der nächsten Ortsstelle der Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier. Landsleute! Brüder und Schwestern! Die Heimat rechnet auf Euch, die Heimat wartet auf Euch! Für Eure Unterbringung ist alles vorbereitet. Mit Freuden werden wir und ganz Oberschlesien Euch in der Heimat aufnehmen. Wir stehen alle zusammen für die Muttererde. Es geht um unsere gemeinsame Heimat und es geht um Deutschland. Kommt alle und stimmt alle ab! Es ist Eure Pflicht, Ihr müßt sie erfüllen. Aber in die Stimmliste kommt Ihr nur, wenn Ihr Euch anmeldet. Darum noch einmal: Meldet Euch sofort!

Nebstzirkommisär für Oberschlesien. Dr. Urbanek.

Vereinigte Verbände heimattreuer Oberschlesier.

Dr. Quenter.

Die neue Steuerungsaktion.

Von C. Delius, M. d. R.

Mehr, als es den Beamten erwünscht und für die Öffentlichkeit dienlich ist, haben sich Regierung und Parlament mit den wirtschaftlichen Verhältnissen der Beamten zu beschäftigen. Der Erhöhung der Kinderbeihilfen im Dezember folgte jetzt die Neueinstellung der Steuerungszulagen überhaupt. Regierung und Parlament waren sich klar, daß mit der Regelung im Dezember die Frage nicht erledigt sein konnte. Namens der Demokraten habe ich dem im Plenum des Reichstags damals Ausdruck gegeben. Es soll heute nicht die gewiß naheliegende Frage gestellt werden, ob es nicht besser war, die Regelung im Dezember anders, den Wünschen der Beamten entgegenkommender, zu treffen. Gerade wir Demokraten haben bis zuletzt alles versucht, um zu einem befriedigenden Abschluß zu kommen. Die Regierung glaubte, aus den schwerwiegendsten Gründen keinen anderen Standpunkt einnehmen zu können. Ein Steuerungssturz hätte, von vielem anderen abgesehen, sicherlich auch nicht im Interesse der Beamenschaft gelegen.

Der Reichstag hat den Gesetzentwurf für eine vorläufige Regelung des Reichshaushalts für das Rechnungsjahr 1920 zur Verabschiedung gebracht. Für das laufende Rechnungsjahr war der Steuerungszuschlag auf 50 Prozent in Uebereinstimmung mit den Organisationen für alle Beamte gleichmäßig festgesetzt worden. Die Neueinstellung macht hinsichtlich der einzelnen Ortsklassen erhebliche Unterschiede. Es werden in Klasse A 70, B 67, C 65, D 60 und E 55 Prozent Zuschläge zum Grundgehalt und zur Ortszulage gewährt. Ursprünglich waren in B nur 65, C 60 und D 55 Prozent von der Regierung vorgesehen. Es bereits mit den Organisationsleitern erzielte Verständigung wurde von den Organisationen selbst nicht anerkannt. Unter Mithilfe der Generalkommission der Gewerkschaften und des deutschen Beamtenbundes kam dann, nachdem der Beamtenbund bis zuletzt noch die gleichmäßige Steuerungszulage verteidigt hatte, die Verständigung zustande. Restlose Befriedigung löst bei der großen Verschiedenheit der Verhältnisse keine auch noch so geartete Lösung aus. Es ist müßig zu untersuchen, ob bei der Regelung die Beamten besser weggekommen wären, wenn sie allein verhandelt hätten. Auch die Arbeitergewerkschaften haben von ihren Forderungen sehr viel nachlassen müssen. Von der allgemeinen Lohnerrhöhung von 1 Mark pro Stunde sind Zuschläge in Ortsklasse A von 60, B 50, C 40, D 30 und E 20 Pfg. übrig geblieben. Wenn die Organisationen weise nachgegeben haben, so macht das ihrer Einsicht alle Ehre. Es erleichtert die künftigen Verhandlungen und zerstört den Bahn in der Bevölkerung, als wenn die Staatsbediensteten unter allen Umständen auf ihre Macht pochend der übrigen Bevölkerung ihren Willen aufzwingen wollten. Solche Anschauungen nicht weiter aufkommen zu lassen, muß auch im wohlverstandenen Interesse der Beamten liegen. Ein Rest von Unzufriedenheit bleibt

Das Neueste vom Tage.

Unter dem Vorsitz des Reichskanzlers und in Gegenwart der beteiligten Reichs- und preussischen Ressortminister und von Vertretern der politischen Parteien des Reichstages fand in Berlin eine Aussprache über die Arbeitsbeschaffung mit den Vertretern aller Gewerkschaftsgruppen statt.

Am Sonnabend begannen die Verhandlungen mit der tschecho-slowakischen Delegation über die Ausfuhrung unseres Wirtschaftsabkommens.

Die Wahl des neuen Berliner Oberbürgermeisters Dr. Voß ist vom Regierungspräsidenten bestätigt worden.

Gegen die vom Finanzminister angeregte Erhöhung der Unterrichtshonorare von 8 auf 25 Mark für die Wochenstunden haben die badischen Hochschulen einstimmig protestiert.

Wie der Temps mitteilt, hat die Konferenz in Paris gestern beschlossen, die Republik Georgien als Staat anzuerkennen.

Die Ankunft des Marschalls Pilsudski in Paris ist nunmehr endgültig auf den 3. Februar festgesetzt worden.

Im Repräsentantenhaus wurde, wie aus Washington berichtet wird, der Antrag auf Errichtung einer amerikanischen Gesandtschaft in Irland abgelehnt.

Die mexikanische Regierung hat die notwendigen Vorkehrungen getroffen, um 100 000 deutsche Kolonisten anzusiedeln.

aber bei den Beamten der Ortsklassen D und E zurück. Hier wird die unterschiedliche Behandlung nicht als gerecht empfunden. Ohne untersuchen zu wollen, ob eine Differenzierung überhaupt berechtigt ist, läßt sich schon jetzt sagen, daß in sehr vielen Fällen die Unterschiede in der Lebenshaltung, wenn überhaupt vorhanden, nicht so groß in die Erscheinung treten, wie das jetzt in der Festsetzung der Zulagen geschieht. Einige Beispiele mögen das erläutern: Gruppe 3 (in der die meisten ehemaligen Unterbeamten sich befinden) Gehaltsschalt Ortsklasse A 19 050 Mark, E 15 390 Mark; Gruppe 6 A 23 250 Mark, E 18 690 Mark; Gruppe 10 (ehem. höhere Beamte) Ortsklasse A 30 690 Mark, E 21 440 Mark. Angenommen ist eine Familie mit drei Kindern bis zu 14 Jahren. Bedenkt man, daß die Kindererziehung vielfach größere Mittel, als in der Großstadt erfordert, so wird nicht bestritten werden können, daß die Lösung keine glückliche ist. Es muß deshalb beim nächsten Etat zu prüfen sein, wie hier Abänderungen möglich sind. Der Gedanke, die Ortszulagen nach der wirklichen Steuerungsgröße festzusetzen, ist gewiß im Grunde richtig und wenn auch das angewendete Ermittlungsverfahren, wie jedes andere, gewisse Schwächen aufweist, so scheint es mir doch das beste zu sein. Der Fehler liegt m. E. darin, daß der Zeitraum für Ermittlungen zu kurz war und deshalb mancherlei Zufälligkeiten das Ergebnis entscheidend beeinflusst haben. Hier will eine demokratische Entscheidung abhelfen, indem sie möglichst einheitliche Wirtschaftsgebiete verlangt. Wenn das geschieht, werden sich manche Klagen ausräumen lassen. Deshalb muß die Vorlegung des Ortsklassengesetzes auf solcher verbreiteten Grundlage beschleunigt werden. Im übrigen befinden sich etwa 40 Prozent der Beamten in den Ortsklassen D und E eingereiht, während nur 25 Prozent der Staatsarbeiter dort ihren Wohnsitz haben.

Die von den Verbänden zunächst vorgeschlagene Staffelung nach dem Grundgehalte hat auf den ersten Blick viel für sich. Sie wirkt aber ungerecht, wenn die Prozentsätze zu hoch gegriffen werden, namentlich, wenn ein gewisser Mindestbetrag als Steuerungszulage vorgesehen wird. Die Unterschiede zwischen unteren und oberen Gehaltsgruppen werden dadurch völlig verwischt. Das kann letzten Endes auch von den vernünftigen Beamten nicht gewünscht werden, wäre es doch ein Hemmnis jedes Vorwärtstrebens.

Die aus der Erhöhung erscheidenden Kosten betragen für Reichsbeamte 2150, für die Arbeiter 980 und für die Ancestellten 140 Millionen. Die gleiche Summe tritt noch hinzu für die Länder und Gemeinden. Bei der Entziehung der Steuerquellen und bei der unbedingt erforderlichen Einheitlichkeit der Befoldung der Beamten bleibt dem Reiche nichts weiter übrig, als die Lasten zu übernehmen. Regierung und Reichstag haben zwar eine gefühlige Bindung — wie sie der Reichstag beschloß — abgelehnt, um kein Berufs-

recht zu schaffen, sie haben sich aber einverstanden erklärt, daß die entsprechenden Summen schon im Nachtragsetat eingelegt werden. Die zur Deckung erforderlichen Steuererlöse sind im Gesetz bereits angeordnet.

Alles in allem bedeutet die neueste Regelung eine Beendigung des Reizzustandes, in dem sich die Beamenschaft seit mehr als drei Monaten befunden hat. Verschärft wurde dieser noch durch irreführende Presseartikel. Beruhigung und damit erhöhte Arbeitsfreudigkeit und gesteigertes Pflichtbewußtsein sind wieder eingefkehrt. Hoffend, daß die Staatsbediensteten dem Staate jetzt erfolgreiche Aufbauarbeit leisten werden, wird die Volkvertretung den berechtigten wirtschaftlichen Wünschen die Förderung angedeihen lassen, die im Rahmen unserer gesamten Volkswirtschaft nur irgend möglich ist.

Ernährungsverbesserung.

Zwecks Verbesserung und Verbilligung der Volksernährung hat der Ernährungsminister in einem Notetat zur Beschaffung von Auslandsmais 1 325 000 000 und zur Verbilligung von Auslandsgetreide und Auslandsmais 5 552 000 000 Mark gefordert. Der Auslandsmais soll zu einem billigen Preise an die Landwirte zu Futterzwecken abgegeben werden, sodaß sie nicht mehr in Versuchung geraten, Brotgetreide zu verfüttern. In der Beratung des Notetats am Donnerstag Abend bedauerte der Abg. Blund (Dem.) die verspätete Einbringung der Vorlage, nachdem bereits soviel Getreide verfüttert worden sei. Das System der Maistverträge habe enttäuscht. Blund schlug vor, für jeden Zentner Brotgetreide, der abgeliefert werde, zwei Zentner Mais und für jedes abgelieferte Schwein ebenfalls eine entsprechende Quantum Futtermais zu billigen Preise zu liefern. Die Abgg. Rösche und Schiele schlossen sich diesen Ausführungen an. Der Abg. Kerschbaum (Dem.) wollte dagegen nur diejenige abgelieferte Getreidemenge mit billiger Maislieferung belohnen, die über das Ablieferungsmaß hinausgehe. In Bayern sei für die kleinen Bauern, die eigentlichen Träger der Viehzucht bisher überhaupt kein Mais zu bekommen gewesen. Der Abg. Rösche wollte auch für Hafer und Gersteablieferung Mais geliefert wissen, indessen erklärte der Minister, daß das kaum angängig wäre. Es würde aber erwogen, Maiskleie gegen Hafer auszutauschen. Ein weiterer Betrag von 500 Millionen ist für die Einfuhr von Düngemitteln angefordert. Der Abg. Kerschbaum (Dem.) verlangte vor allem Versorgung der Landwirtschaft mit phosphorhaltigen Düngemitteln. Der Minister sagte auf Anfrage zu, daß er beim Stickstoffpreis auf eine Senkung hinwirken wolle. Im Allgemeinen habe sich die Dinge in letzter Zeit bedeutend gebessert. Am Schluß der Sitzung wurde eine Entschließung des Abg. Blund (Dem.), der sich alle Parteien angeschlossen, angenommen: Der Mais ist im Austausch gegen Getreide an die Erzeuger im Verhältnis von 1 Ztr. Getreide zu 1 1/2 Ztr. Mais zu liefern, unter entsprechender Berücksichtigung der kleinen und weicheren Wirtschaften, sowie im Austausch gegen Schlachtschweine unter Berücksichtigung der Preisverhältnisse.

42 Jahre — 226 Milliarden.

Da Lloyd George Herrn Doumors Forderungen von 212 Milliarden für absurd und unfinnig hielt, hat man in Paris einen Einigungsausschuß niedergelegt, der auf 226 Milliarden gekommen ist. Wenn es wahr ist, daß Lloyd George jetzt abermals umgefallen ist, und diesen über Doumors Wahnsinn hinausgehenden Wahnsinn für diskutabel hält, so muß man fast daran zweifeln, daß in Paris vernunftbegabte menschliche Wesen beieinander sind. Auch die schöne Milchmädchenrechnung, die Jahreszahlungen dem deutschen Volke von 2 Milliarden bis 6 Milliarden Goldmark zu steigern, mutet an, als wäre sie von Leuten aufgestellt, die sich von Zahlen keinen rechten Begriff mehr machen können. Es ist unendlich schwer, gegenüber diesem Wahnsinn noch ernst zu bleiben, aber für uns handelt es sich schließlich um die verteuerteste ernste Sache eines Ansehens auf unser Leben. Denn ein System, wie man es jetzt in Paris diskutiert, müßte uns langsam auffressen, und es besteht gar kein Zweifel darüber, daß ein Ende mit Schrecken einem solchen Schrecken ohne Ende vorzuziehen wäre. Neben diesem allgemeinen Wahnsinn gehen noch besondere Unfinnigkeiten einher. Wenn man den deutschen Export mit 12 1/2 Prozent besteuern will, so wird die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Ausfuhrindustrie so gut wie zerstört. Daneben will man auch noch eine Erhöhung der Steuern in Deutschland, obwohl Lloyd George zugestehen mußte, daß unsere Steuern höher sind, als die Englands und Frankreichs.

Mit. Paris, 29. Jan. Heute Abend ist folgendes offizielles Communiqué ausgegeben worden: Die Konferenz hat im Laufe der beiden Sitzungen, die sie heute abgehalten hat, sich mit der Ausarbeitung des Uebereinkommens beschäftigt, das unter ihren Mitgliebern über die beiden Hauptfragen der Entwaffnung und der Reparation erzielt wurde. Hinsichtlich der Entwaffnung hat sie die Vorschläge gebilligt, die ihr die Sachverständigen für militärische, maritime und Luftschiffahrts-Angelegenheiten mit dem Zweck unterbreiteten, von Deutschland die vollständige Ausführung der Verpflichtungen zu fordern, die sich für dieses sowohl aus dem Vertrag als auch aus den Noten von Boulogne und dem Protokoll von Spa ergeben. Hinsichtlich der Reparationen ist das gestern von der Sachverständigen vorbereitete Arrangement diskutiert, vervollständigt und schließlich einstimmig gebilligt worden. Die Wertungen

Haben schon jetzt unter sich die Maßnahmen festgestellt, die event. angewendet werden sollen, im Falle daß Deutschland sich weigern werde, loyal und lückenlos seine Verpflichtungen auszuführen, die sich auf die Reparationen und die Entwaffnung beziehen. Aus Höflichkeitsegefühl und von der Hoffnung erfüllt, daß Deutschland aus sich selbst heraus seinen Verpflichtungen nachkommen werde, haben die Alliierten geglaubt, in diesem Augenblick diese Sanktionen in Berlin nicht notifizieren zu lassen. Qualifizierte Vertreter der deutschen Regierung wurden eingeladen, Ende Februar in London mit den Vertretern der alliierten Mächte zusammenzukommen. Das Kommuniqué stellt alsdann fest, welche Fragen von der Konferenz im Laufe dieser Woche noch gelöst wurden und betont alsdann als das wichtigste Ergebnis der Konferenz, daß die Entschlüsse in der herzlichsten und engsten Einigkeit und im Einverständnis erfolgt sind.

Landsmannschaften.

Ueber die „Landsmannschaften“ im Entwurf des Wehrgesetzes schreibt fernerwoll der Abg. Schiffer in der Wehrschau im „Reichs-Tagebl.“: Der Abschnitt „Landsmannschaft“ enthält Bestimmungen, die geeignet erscheinen, die Schlagkraft des kleinen Heeres, das uns geblieben ist, in anerkennlicher Art zu beeinträchtigen. Insbesondere ist die Vorschrift, daß im Falle öffentlicher Notstände oder einer Bedrohung der öffentlichen Ordnung die Wehrmacht auf Anforderung der Landesregierung Hilfe zu leisten habe und daß dem Ersuchen stattzugeben sei, wenn nicht schon der Reichspräsident sich die Verfügung über die Truppe im besonderen Falle vorbehalten habe, mit der militärisch und politisch gebotenen Einheitlichkeit der Heeresleitung schwerlich zu vereinbaren. Man kann schon zweifeln, ob diese Vorschrift nicht im Widerspruch zu Art. 47 der Reichsverfassung steht, nach dem der Reichspräsident den Oberbefehl über die gesamte Wehrmacht des Reiches hat. Aber auch praktisch könnte dieses Nebeneinander der Befugnisse zu den größten Schwierigkeiten und Unzulänglichkeiten führen. So wie die Dinge bei uns liegen, müssen wir leider damit rechnen, daß Anrufen in verschiedenen Gegenden des Reiches gleichzeitig ausbrechen, ja sogar planmäßig gerade deshalb zu gleicher Zeit an verschiedenen Orten hervorgerufen werden, um die zu ihrer Unterdrückung bestimmten knappen Nachmittels des Staates zu verzetteln. Einem solchen Plane würde nur Vorbehalt geleistet werden, wenn der Widerstand nicht einheitlich von einer Stelle aus geleitet würde, die in der Lage ist, das Ganze zu übersehen, um die Kräfte so sparsam zu verwenden, wie es ihre geringfügigkeit erfordert. Gefährliche der bewaffneten Macht müssen unbedingt vermieden werden, wenn nicht die Autorität des Staates auf das schwerste geschädigt und der Uebermut der staatsfeindlichen Elemente in unübersehbarem Maße gestärkt werden soll. Mag man also auch durchaus geneigt sein, hier wie überall auf die Eigenart und das Eigenleben der deutschen Stämme weitestgehende Rücksicht zu nehmen, so darf doch diese nicht die Grenzen überschreiten, die durch die Lebensbedingungen des Reiches gezogen sind. Der Reichstag wird diesem Gesichtspunkte eine ernsthafte und eingehende Würdigung zuteil werden lassen müssen.

Auflösung der Reichszentrale für Heimatdienst

Obwohl der parlamentarische Untersuchungsausschuß für die Reichszentrale für Heimatdienst keine wesentlichen Beanstandungen gefunden hat, wird doch, wie wir hören, die Mehrheit der Parteien des Reichstages der Entschließung zustimmen, die schon vom vorigen Sommer her für die Staatsberatung zurückgestellt war und die Auflösung der R. f. H. fordert. Allerdings mit dem Zusatz, daß die Regierung bis zur Festlegung des neuen Staats Richtlinien für eine Umorganisation der R. f. H. vorlegt. Die Regierung selbst wird diesem Beschluß zustimmen, da auch sie den Eindruck gewonnen hat, daß sich der Propagandaapparat abgestumpft hat und erneuert werden muß.

Reichstag.

Sonnabendliche Ruhe und Reue war das Wahrzeichen der Sonnabendstimmung des Reichstages. Die neue Wohnungsteuer ging ohne Weiterungen an den Ausschuß. Dann veranlaßte der Unabhängige Herz die Verbindung der zweiten Lesung des Notetats, mit dem auf der Tagesordnung stehenden Sondernotat des Reichsernährungsministeriums. Dadurch wurde allerdings zunächst die Beantwortung der nicht unberechtigten Anfrage Herz nach der Zahl der Ministerautos — angeblich über 800 — hinausgeschoben. Der Demokrat Blum teilte mit, daß die Brotversorgung anfangs katastrophal zu werden, und daß wir für 10 Milliarden Auslandsgetreide einführen müssen, wenn nicht alles geschieht, um alles Inlandsgetreide zu ersparen und vor allem der Verfüttung durch Zug um Zug Vergütung mit Mais an die abliefernden Landwirte zu verhindern. Auch Schlachtfleische sollten gegen Mais ausgetauscht werden können. Nach Meinung des Deutschnationalen Weilenböck liegt die mangelnde Getreide- und Fleischversorgung nicht an der Landwirtschaft, sondern an der Zwangswirtschaft. Die 50prozentige Erhöhung der Kalipreise halte den Preisabbau auf; billiger Stielstoff sei erst zu bekommen, wenn die staatlichen Stielstoffwerke beseitigt und die Konkurrenz freigegeben würde. Nach dem Volksparteiler Dufche ist weder die Dürsternot, noch die Zwangswirtschaft, sondern allein der sozialdemokratische Ernährungsminister Schmidt an allem schuld. Der Demokrat Kerschbaum, selbst Landwirt, sprach sich gegen den Mais als Zahlungsmittel für Schweine aus, weil dann viele Schweine vorzeitig verschwinden würden. Der angegriffene Ernährungsminister, sozialdemokratischer Schmidt hielt den Rechtsparteien wiederholt vor, daß sie die Aufhebung der Zwangswirtschaft mit dem Versprechen gefordert hätten, daß sich dann alles bessern werde: „Wo ist denn nun die Besserung?“ Der Zentrumsabgeordnete Dieß war der Meinung, daß es eigentlich einen Fortschritt bedeute, wenn heute Fleisch wertiger zu haben sei, während es früher „hintenrum“ verschwand. Mit Zwang sei eben nichts zu erreichen. Der Ernährungsminister Hermes war recht angriffslos und hielt den Sozialisten vor, daß die freie Fleischwirtschaft gerade auch für die Arbeiterklasse ihre Vorzüge gezeigt habe. In der Gegend von Hoffmann und Ledebour wurde es lebhafter und lebhafter, denn Herr Hermes ließ augenscheinlich der Ruhm Heines nicht schlafen und er verteidigte alles. Auch von katastrophalen Verhältnissen sei gar keine Rede. Zustimmen konnte man dem Minister, wenn er sich gegen die Hoffnungen der Linken auf einen aus dem Handgelenk zu „verordnenden“ Preisabbau aussprach. Hoffentlich findet die Anschauung des Ministers, daß die Brotversorgung in die-

sem Jahre erheblich besser sei, als im vorigen durch die Entwicklung möglichst weitgehende Bestätigung. Der Kommunist Dörmel und der Unabhängige Simon waren nicht weniger als überzeugt und Simon sprach stets von dem „Minister gegen die Ernährung“. Die Position wurde darauf genehmigt und die Abstimmungen zum Wehretat vorgenommen, wobei die strittigen Punkte vorläufig Aufschub erfuhren. Bereits kurz nach 5 Uhr konnte man Schluß machen, und so konnten die auswärtigen Abgeordneten noch rechtzeitig ihre Züge zum heimatlichen Sonntagsbesuch erreichen.

Rundschau.

Die Arbeitsüberlastung des Reichstages macht sich in den letzten Tagen vor der geplanten längeren Agitationspause wieder besonders schlimm bemerkbar. Der Vorkonferenzrat hat deshalb am Freitag beschlossen, vorläufig bis zur Pause die Redezeit allgemein auf ¼ Stunden zu beschränken. Die Geschäftsordnung des Reichstages bietet zurzeit noch keine Handhabe, um diese Vereinbarung der Senioren energisch durchzuführen. Da aber alle Parteien mit alleiniger Ausnahme der Kommunisten für diese Verfügung sind, wird es andere Wege geben, etwa durch Stellung von Schlußanträgen, auch das kommunistische Redebedürfnis einzuschränken. Das ist umso mehr notwendig, als gerade diese Partei mit ihren langen Reden und gehäuften Interpellationen offenkundig auf Diskreditierung des Parlamentarismus abzielt.

Herford u. Minden-Ravensberg.

31. Januar.

Herforder Teuerungszulagen.

Herforder Teuerungszulagen und Verhältniszahlen mit 46 Städten im deutschen Reich verglichen, aufgestellt vom Statistischen Reichsamt in Berlin. Die Unterlagen für Herford sind bearbeitet von unserem Statistischen Amt.

Rf. Nr.	Gemeinden	Ortsanwende Bevölkerung am 8. Oktober 1919	Teuerungszahlen in Pfennig	
			Dezember 1920	Dezember 1919
1.	Berlin	1 902 509	96 419	96 419
2.	Hamburg	985 779	109 573	109 573
3.	München	630 711	76 417	76 417
4.	Dresden	529 326	93 162	93 162
5.	Breslau	528 260	82 821	82 821
6.	Essen	439 257	103 096	103 096
7.	Frankfurt a. M.	433 002	94 849	94 849
8.	Nürnberg	352 675	77 554	77 554
9.	Stuttgart	309 197	88 538	88 538
10.	Chemnitz	303 775	99 665	99 665
11.	Dortmund	295 026	90 982	90 982
12.	Magdeburg	285 856	86 430	86 430
13.	Königsberg i. Pr.	260 895	80 878	80 878
14.	Mannheim	229 576	91 103	91 103
15.	Kiel	205 330	99 696	99 696
16.	Wiesbaden	154 555	81 504	81 504
17.	Nach	145 748	101 990	101 990
18.	Braunschweig	139 539	87 719	87 719
19.	Karlsruhe	135 952	87 823	87 823
20.	Erfurt	129 646	95 087	95 087
21.	Lübeck	113 071	97 624	97 624
22.	Hagen i. W.	92 862	103 681	103 681
23.	Ludwigshafen a. Rh.	90 721	82 656	82 656
24.	Darmstadt	82 367	89 572	89 572
25.	Frankfurt a. O.	65 055	90 068	90 068
26.	Solingen	48 912	105 293	105 293
27.	Halberstadt	47 144	80 435	80 435
28.	Schwerin	45 455	80 086	80 086
29.	Ratibitz	45 422	94 145	94 145
30.	Geisbromm	44 012	75 181	75 181
31.	Göttingen	41 246	78 990	78 990
32.	Eisenach	39 223	84 858	84 858
33.	Herford	34 895	88 993	88 993
34.	Bauher	34 342	94 014	94 014
35.	Gießen	33 402	96 094	96 094
36.	Oldenburg	32 540	84 657	84 657
37.	Schneidemühl	27 779	72 740	72 740
38.	Eberswalde	26 786	92 215	92 215
39.	Wald (Rheinl.)	25 883	97 016	97 016
40.	Salda	23 881	83 097	83 097
41.	Stramling	22 481	75 970	75 970
42.	Reichenbach i. Schl.	15 194	82 663	82 663
43.	Querbach i. Vogtl.	13 827	96 083	96 083
44.	Rastenburg	13 275	83 467	83 467
45.	Sels	12 453	78 168	78 168
46.	Grimma	10 581	85 535	85 535
47.	Blumenthal (Randgem.)	10 300	91 414	91 414

b. Geselliger Abend des Jugendbundes „Friedrich Naumann“. Schlicht und einfach, und doch harmonisch und gemütlich war der gesellige Abend, den der Jugendbund „Friedrich Naumann“ am Sonnabend seinen Mitgliedern und den Gästen der Deutschen Demokratischen Partei bot. Der obere Saal des Bürgervereins konnte die Besucher kaum fassen. Bei der sorgfältig ausgewählten Vortragsfolge, die in der Hauptsache von jungen Damen des Jugendbundes ausgeführt wurde, unterhielt man sich einige Stunden hindurch auf das Beste. Erst deutsches Gefühl durchzog alle Darbietungen, die in schöner Abwechslung von Gesang, Deklamation, Klavier- und Vorträgen, Volksliedern und -tänzen den Abend ausfüllten. Von den Einzelsportarten seien anerkennend hervorgehoben das entzückende Lied von der „Perche“, Schuberts „Ständchen“ und das Duett „Wie's daheim war“ von Wohlgemut, die Deklamationen „Kirchenballade“ und Reuters „Jochen Pöfel“, sowie der Klavier-vortrag „Walzer in C-moll“ (komponiert von Dr. A. Gaube). Mit großem Beifall wurden auch die Darstellungen der Volkslieder „Feinliebchen, du sollst mir nicht barfuß gehn“ und „Der Hans schleicht umher“, ebenfalls die drei Volkstänze „Großmutter will tanzen“, „Und wollt ihr wissen“ und „Trallala“ aufgenommen. Ein schöner Ausklang war zum Schluß das dreifache Hoch auf unser liebes Vaterland und das gemeinsame Lied „Deutschland, Deutschland über alles“. Ein fröhliches Lächeln hielt die Teilnehmer noch eine Weile in gemüthlicher Stimmung beisammen. — Wir sind den jungen Demokratinnen dankbar, daß sie uns gerade

in dieser Zeit, die mit ihren Wahlvorbereitungen nur allzu sehr unter dem Zeichen eines Kampfes der Gegensätze steht, den Weg wiesen zu jenem Höheren, das alle Volksschichten einigen sollte, zur Liebe von Volk und Heimat. Schöpfen wir nur recht oft aus dem unerschöpflichen Born deutschen Volkslebens, wir werden dort Kraft und Mut sammeln dem Widerwärtigkeiten des Alltags gegenüber!

u. Konzerthausgesellschaft. Der Vorstand der Konzerthausgesellschaft macht darauf aufmerksam, daß zu den Konzerten im großen Schützenaal, also auch zum 6. Februar ein Kartentausch für die Abonnenten nicht stattfinden braucht. Der Sitzplan des Parkettsaales ist gleichsam in den großen Saal hineingelegt, jedoch jeder Kartentinhaber seinen Platz an der entsprechend gleichen Stelle des großen Saales findet. Statt der Mittelgänge sind zwei Seitengänge geschaffen.

— Die Teuerungszuschläge für die Beamten. Der preussische Finanzminister Lüdemann hat, wie wir erfahren, an das preussische Staatsministerium den Antrag gestellt, die neuen Teuerungszuschläge der Beamten nach Art. 55 der preussischen Verfassung auf dem Wege einer Rechtsverordnung zu gewähren. Die Rechtsverordnung würde nach Ansicht des Ministers der Beseitigung eines ungewöhnlichen Notstandes insofern dienen, als der gegenwärtige Ausgleichszuschlag von gleichmäßig 50 Prozent zweifellos nicht ausreicht, um der inzwischen immer weiter gestiegenen Teuerung überall genügend Rechnung zu tragen und es auch, nachdem die Bezüge der Beamten in Preußen mit denjenigen der Beamten im Reich grundsätzlich in Uebereinstimmung gebracht worden sind, nicht erträglich sein würde, wenn das Reich eine Erhöhung der Teuerungszuschläge eintreten ließe, Preußen aber nicht.

m. Anmeldepflicht für möblierte Zimmer. Das Wohnungsamt schreibt uns: In letzter Zeit werden wiederholt in den Zeitungen vermietbare möblierte Zimmer angeboten, ohne daß dieselben vorher beim Wohnungsamt angemeldet sind. Es wird deshalb an dieser Stelle nochmals ausdrücklich darauf hingewiesen, daß auch vermietbare möblierte Wohnungen gemäß §§ 15 und 16 der Verordnung über Maßnahmen gegen Wohnungsmangel vom 23. November und 10. Dezember 1920 ohne vorherige Zustimmung des Magistrats (Wohnungsamt) nicht vermietet werden dürfen. Auch die möblierten Räume fallen unter die Anzeige- und Anmeldepflicht gemäß § 2 obiger Verordnung. Außerdem wird darauf aufmerksam gemacht, daß nach erfolgter Vermietung eine Abmeldung beim Wohnungsamt vorzunehmen ist. Zuwiderhandlungen müssen in Zukunft unmissverständlich in Strafe genommen werden.

— Passiver Widerstand. Passiver Widerstand oder passiver Resistenz der Arbeitnehmer ist dann vorhanden, wenn diese wohl an ihrer Arbeitsstelle erscheinen, aber nicht volle Arbeit leisten, sondern absichtlich und böswillig ihre Leistungen verschlechtern oder gegenüber den sonstigen einschränken. Der Arbeitnehmer ist auf Grund des Arbeitsvertrages verpflichtet, seine versprochenen Dienste unter voller Ausnutzung seiner Fähigkeit zu leisten. Der passive Widerstand bedeutet Vertragsbruch. Demzufolge hat der Arbeitgeber das Recht, das Dienstverhältnis gemäß §§ 123 Ziff. 3, 133 c Ziff. 3 C. O. und § 284 BGB. freilich zu lösen. Die Kündigung kann für die gesamten Arbeitnehmer durch Anschlag an dem durch die Arbeitsordnung oder im Arbeitsvertrag bestimmten Platte erfolgen. Andernfalls muß die Kündigung jedem einzelnen Arbeitnehmer zugesandt werden, um wirksam zu sein. Das letztere Verfahren ist dem ersteren unbedingt vorzuziehen, um allen Einwendungen von vornherein zu begegnen. Der Arbeitgeber ist zur Lohnföhrung für die Dauer des passiven Widerstandes berechtigt und nur zur Erstattung des der tatsächlichen Leistung des Arbeitnehmers entsprechenden Teiles des vereinbarten Lohnes verpflichtet.

Amt Herford-Biddenhausen.

u. Obereidum. Durch Diebe wurde ein hiesiger Fuhrwerksbesitzer schwer geschädigt. Ihm wurde in einer der letzten Nächte ein großes Wagenplattuch gestohlen.

u. Niedereidum. Einem hiesigen Neubauer wurde nachtsicherweise aus dem Garten eine wertvolle Alpenrose gestohlen. Allem Anschein nach ist der Dieb mit der Verlichkeit gut vertraut gewesen.

Amt Enger.

Enger. Am Dienstag, den 8. Februar, findet in unserem Orte ein Viehmarkt statt. Infolge der im Kreise Herford herrschenden Maul- und Klauenseuche beim Kleinvieh ist nur der Auftrieb von Pferden gestattet. Außerdem ist an diesem Tage Krammarkt.

Amt Spenge.

o. Siele. Gestern abend gegen 9 Uhr brannte hier das Wohnhaus des Landwirts H. Stork Nr. 2 vollständig nieder. Der Brand wurde von Nachbarn entdeckt, bei denen die Eheleute Stork zu Besuch weilten. Das Personal im Hause selbst hatte bis dahin nichts von dem Feuer wahrgenommen. Auf den Generalalarm eilten die Jw. Feuerwehren von Siele und Bessenkamp sofort herbei und leisteten tatkräftige Hilfe. Das Vieh und der größte Teil des Mobiliars konnte gerettet werden, dagegen fiel eine wertvolle Drehmaschine und ein Wagen voll frischgedroschenen Getreides den Flammen zum Opfer. Die auf dem Boden befindlichen Fleischvorräte und ein Teil der Kleidungsstücke des Personals verbrannten ebenfalls mit. Uebrig wurde das Feuer rechts von der Eingangstür über dem Stall beobachtet. Man vermutet Brandstiftung. Verstärkt wird der Verdacht noch dadurch, daß das Gehöft genau 1 Km. östlich der frischen Brandstelle in Bessenkamp liegt.

Vielefeld. Vier Raubüberfälle, ein Versuch zu einem solchen und weitere 10 Einbruchdiebstähle konnten den am 23. d. M. hier festgenommenen vier Einbrechern nachgewiesen werden, die sie mit Ausnahme eines Falles, in der Zeit von Mitte Oktober vorigen Jahres bis zu ihrer Festnahme verübt haben. Haupttätlichkeit wurden sie Landwirte in der Gegend zwischen Vielefeld, Brack, Herford, Spenge und Neuentzchen (Kr. Melle) heim, und sie hatten es bei

ihren Einbrüchen zum größten Teil bei einer ihnen zehnten. Zwei ebenfalls in Brack und Dortmund bezogen. nommen.

Wpl. Vielefeld. 58 Familien. Anfangs beabsichtigt der gemeinnützige Diebstahl. Die Stadt Vielefeld in dieser Richtung in diesem Zweck vorzuziehen. Freie Scholle.

Wpl. Vielefeld. 58 Familien. Anfangs beabsichtigt der gemeinnützige Diebstahl. Die Stadt Vielefeld in dieser Richtung in diesem Zweck vorzuziehen. Freie Scholle.

Aus Na.

Bochum. 3. Mädchen und Freilos Mädchenhand im Industriebezirk werden bis 4000. Der größten Kosten. Oten oder aus. lungen ihrer Mit. fährer werden. Bericht: Am 24. am hiesigen Gout. mit blondem K. Paletot, hellem weißem Knopf u. lockt, und an ein. schichtiges Verbed. it der Täter un. den Koffer besch. Mädchen versch.

Wien. In d. eingetroffenen, an. Fälle von Fledt. von denen der e. Lechnit und der. getroffenen Kauf. nahmen getroffen. ung derselben zu.

Ateneisen. wurden gezählt. 245—330 M., von. 410—520 M., für. lauf des Marktes.

Die Viehmär. wichtigst für B. Januar ständig g. Viehpreise herab. Märkten zurück. lums nachließ. Y. wie aus nachfolge. sich zurückgegan.

Ein hiesiger L. Zirkus B. 1000 Ma. sol. parteiischen Herr Sealtit suchen und f. gesetzten 10. Wette findet der Vorstel.

Werk.

Ob Del un. Diese Frage. dert Hausfra. loeben eine. direkt von. halten.—W. der Borrat. 17 Mt. 50. wird.—W. Del gut ist. werden kann. wir nicht au. reis billigst. großen Fett. wir noch ein. beln toßen. Gemüse- u.

Nau. la. trodene. tadelloses Du. ofenf. Prei. Beite. hera. Wilh. S.

en nur alle-
enfälle steht.
ollschichten
Schöpfung
n deutschen
ummeln den

ongertgefell-
onzerten im
ein Karten-
acht. Der
roßen Saal
las an der
les findet-
eschaffen.

Der preu-
fahren, an
gestellt, die
rt. 55 der
ordnung
Ansicht des
Notstandes
schlag von
se, um der
erall genü-
die Bezüge
eamten im
t werden
eine Er-
Preußen

Das Woh-
wiederholt
angeboten,
angemeldet
s ausdrück-
möblierte
nung über
November
umung des
den dürfen.
zeige- und
Außerdem
olger Ver-
vornehm-
st unach-

stand oder
nden, wenn
nicht volle
willig ihre
stigen ein-
Arbeits-
ente unter:
Der passive
hat der
ab 88 128
s zu lösen.
mer durch
er im Ar-
falls muß
estellt wer-
en ist dem
wendungen
zur Lohn-
berechtigt
istung des
arten Woh-

iger Fuhr-
einer der
hlen.
urde näch-
ose gestoh-
Verlichkeit

det in un-
im Kreise
in Klauen-
Außerdem

e hier das
dig nieder-
n die Ehe-
ause selbst
unen. Auf
Siele und
Hilfe. Das
rettet wer-
und ein
mmen zum
erräte und
erbrannten
in der Ein-
et Brand-
durch, daß
nsthilfe in

mem solchen
d. M. hier
die sie mit
der vorigen
lich suchten
ke, Herford,
atten es bei

ihren Einbrüchen vor allem auf Federvieh abgesehen, welches sie zum größten Teil in Bielefeld bei einem Händler absetzten bzw. bei einer ihnen bekannten Familie, mit dieser zusammen gleich verkehrten. Zwei weitere an den Einbrüchen beteiligte Personen, die ebenfalls in Bardüttendorf wohnten, wurden am 25. in Jdern bei Dortmund bezw. hier festgenommen und in Untersuchungshaft genommen.

Wpt. Bielefeld. Auf dem Gelände bei den Heeper Fichten sollen 58 Einfamilienhäuser, meistens Doppelhäuser, errichtet werden. Anfangs beabsichtigte die Stadt, diesen Plan auszuführen, jetzt hat der gemeinnützige Bauverein „Freie Scholle“ den Bau übernommen. Die Stadt Bielefeld wird die Anlagen von Straßen und Entwässerungen in diesem Gebiet vornehmen. Der Magistrat fordert zu diesem Zweck noch 355 000 Mark. Außerdem plant der Bauverein „Freie Scholle“ noch die Anlage zwei weiterer Siedlungen.

Wpt. Bielefeld. Freitag nachmittag wurde die städtische Sanitätskammer nach einer Wirtshaft in der Oststraße gerufen, in deren Saal eine Kaserne eingerichtet war. Aus einem mit Rost geheizten Ofen war Kohlenoxydgas entwichen, das von den im Raum arbeitenden neun jungen Mädchen eingeatmet wurde, die infolgedessen bewußtlos zusammenbrachen. Nach einer Untersuchung im Krankenhaus konnten sechs von ihnen alsbald wieder entlassen werden. Drei der Mädchen befinden sich noch in Beobachtung; Lebensgefahr besteht nicht.

Aus Nachbarschaft u. aller Welt.

Bochum. Innerhalb eines Jahres sind in Deutschland 8600 Mädchen und Frauen verschwunden. Ein Teil von ihnen ist zweifellos Mädchenhändlern zum Opfer gefallen. Sie treiben besonders im Industriegebiet ihr freies Spiel. Wie amtlich festgestellt wurde, werden bis 4000 Mark für die Verpflanzung von Mädchen gezahlt. Der größten Gefahr sind die Mädchen ausgesetzt, die meist aus dem Osten oder aus Bayern kommend hier fremd sind, unter Vorpiegelungen ihrer Mittel beraubt und dann die Beute gewissermaßen werden. Ueber einen solchen Fall berichtet der Polizeibericht: Am 24. Januar ist ein von auswärts zugereistes Mädchen am hiesigen Hauptbahnhof von einem etwa 27 Jahre alten Manne mit blondem Kopfhaar, kleinem gestuften Schnurrbart, dunklem Paletot, hellem weichen Hut, braunem Anzug und Schirm mit weißem Knopf unter falschen Vorpiegelungen nach Langendreer gelockt, und an einen einsamen Ort geführt worden. Da ein beachtliches Verbrechen nicht zur Ausführung gebracht werden konnte, ist der Täter unter der Angabe, daß er Kriminalbeamter sei und den Koffer beschlagnahmen müsse, mit den Kleidungsstücken des Mädchens verschwunden.

Wien. In den letzten Tagen wurden bei einer aus Südrussland eingetroffenen, aus 31 Personen bestehenden Artistengesellschaft 16 Fälle von Flecktyphus festgestellt. Hinzu kommen noch zwei Fälle, von denen der eine einen aus Schloffen zugereisten Studenten der Technik und der zweite einen aus Knittelfeld in Steiermark eingetroffenen Kaufmann betrifft. Es wurden alle Vorbeugungsmaßnahmen getroffen, um die Seuche zu bekämpfen und eine Ausbreitung derselben zu verhindern.

Viehmärkte.

Alteneffen. Schweinemarkt. Gesamtantrieb 5273 Stück. Es wurden gezahlt im Engroshandel für Ferkel von 6-8 Wochen 245-330 M., von 8-12 Wochen 330-410 M., von 12-15 Wochen 410-520 M., für Ferkel ab 15 Wochen 520-750 M. Verkauf des Marktes langsam.

Die Viehmärkte im Januar. Seit Aufhebung der Zwangs- wirtschaft für Vieh und Fleisch sind die Viehpreise bis Anfang Januar ständig gestiegen. Erst in diesem Monat konnten die hohen Viehpreise herabgedrückt werden, da einerseits die Käufer auf den Märkten zurückhielten, andererseits auch die Kaufkraft des Publikums nachließ. Im Vergleich zum Monat Dezember sind die Preise, wie aus nachfolgender Statistik ersichtlich, in diesem Monat wesentlich zurückgegangen. Auf den Hauptmärkten notierten sie: Kinder,

Lebend 700-800 M. im Januar, 700-900 M. im Dezember, Kälber, lebend 600-1000 M. im Januar, 600-1100 M. im Dezember, Schafe, lebend 700-750 M. im Januar, 700-800 M. im Dezember, Schweine, lebend 800-1400 M. im Januar, 1000-1600 M. im Dezbr. pro 100 Pfund.

Wirtschaftsleben.

Devisenurse.

	29 Jan	28 Jan
Telegraphische Auszahlungen:	Geld	Brief
Amsterdam-Rotterdam . 100 Fl.	1935,55	1939,45
Brüssel-Antwerpen . 100 Frs.	419,55	420,45
Christiana . 100 Kr.	1043,95	1051,05
Kopenhagen . 100 Kr.	1078,80	1081,10
Stockholm . 100 Kr.	1263,70	1266,30
Helsingfors . 100 finnische Mk.	197,80	198,20
Stallen . 100 Lira	211,75	212,25
London . 1 Pf. Sterl.	221,25	221,75
New York . 1 Doll.	56,94	57,06
Paris . 100 Frs.	399,60	400,40
Schweiz . 100 Frs.	919,55	921,45
Spanien . 100 Pes.	799,20	800,30
Wien (alt.) . 100 Kr.	16,93	17,02
Prag (Deutsch-Österreich abgeh.)	77,65	77,85
do. . 100 Kr.	10,58	10,62
Budapest . 100 Kr.	10,58	10,62

Berlin. Ueber eine starke Steigerung der deutschen Salzausfuhr wird berichtet. Die deutsche Salzausfuhr hat im Jahre 1920 eine weitere, ganz erhebliche Steigerung erfahren. Gegenüber einer Menge von 573 000 Tonnen im Jahre 1919 gelangten im Jahre 1920 1 121 000 Tonnen Speise-, Gewerbe- und Industrie-Salz im Werte von rund 280 Millionen Mark nach den europäischen Ländern und nach Uebersee zur Ausfuhr, das bedeutet der Menge nach eine Steigerung von annähernd dem Doppelten, dem Werte nach etwa dem Vierfachen der Ausfuhr von 1919. Wenn man diese Zahl der deutschen Salzausfuhr der des Jahres 1913 gegenüberhält, die einschließlich Salzsole, Mutterlauge und andere Nebenprodukte etwa 400 000 Tonnen im Werte von etwa 5 Millionen Mark betrug, so muß festgestellt werden, daß dieses überaus günstige Ergebnis nur der zentralen Regelung der gesamten deutschen Salzausfuhr und der Regelung der Preise durch die von der Regierung hiermit betraute Salzausfuhr-Gesellschaft mit beschränkter Haftung, die die Zentralorganisation der gesamten deutschen, Salz gewinnenden Werke und des Salz exportierenden Handels darstellt, zu verdanken ist. Die Regierung beschäftigt daher, wie wir von befreundeter Seite hören, an dieser zentralen Regelung durch die Salzausfuhr G. m. b. H. unter allen Umständen festzuhalten.

Verantwortlicher Redakteur: i. V. Fr. Bierstedt; für den Inseratenteil verantwortlich: G. Wefse; beide in Herford.

Ämtliche Bekanntmachungen der Stadt Herford.

Wegen vorzunehmender Pflasterarbeiten wird die Bäderstraße bis auf Weiteres für den Fußverkehr gesperrt.
Herford, den 29. Januar 1921.

Die Polizeiverwaltung.

Die deutsche Regierung hat mit der polnischen Regierung folgendes Übereinkommen für die Vorbereitungen der Volksabstimmung in Oberschlesien getroffen:

1. Die deutsche/polnische Regierung gestattet, daß Einzelpersonen oder Organisationen in beiden Ländern die Vorbereitungen für die ober-schlesische Volksabstimmung übernehmen.
2. Diese Einzelpersonen oder Organisationen haben das Recht, die erforderlichen Bekanntmachungen zu veröffentlichen, insbesondere auch durch die Presse, und zwar in beiden Sprachen, in deutsch

oder polnisch. Es wird ihnen ferner das Recht zuerkannt, unmittelbar mit den Abstimmungsberechtigten persönlich oder durch die Post in Verbindung zu treten.

3. Jede Regierung versichert, daß die Kommunal- und Polizeibehörden ohne Verzug die von der Interalliierten Kommission geforderten Visa geben werden, um die Anträge auf Eintragung in die Stimmlisten zu beglaubigen.
4. Jede Regierung garantiert, daß alle Korrespondenzen, die auf die Abstimmung Bezug haben, (Anträge, Stimmkarten, Einsprüche usw.) ohne Verzögerung und ohne Schwierigkeiten befördert werden.
5. Jede Partei läßt 8 Kurier unter Gewährung der erforderlichen Erleichterungen zu, zur Verbindung zwischen den Abstimmungsorganen in Oberschlesien einerseits und den deutschen und polnischen Organisationen außerhalb des Abstimmungsgebietes andererseits. Diese Kurier sind zur Beförderung der Stimmanträge und anderer für die Abstimmung notwendiger Dokumente berechtigt.
6. Jede Regierung garantiert der anderen, daß die Stimmberechtigten jeder Partei die Hin- und Rückreise zur Abstimmung unter den gleichen Bedingungen ohne Schwierigkeiten ausführen können wie die am meistbegünstigten Stimmberechtigten.

Vorliegendes wird zur Kenntnisnahme der abstimmungs-berechtigten Oberschlesier veröffentlicht.

Herford, den 29. Januar 1921.

Polizei-Verwaltung.

Fischerei-Verammlung.

Gegen die Verpachtung der Fischerei im Fischereibezirk der Werre — Stadtbezirk —, die am 13. Januar d. J. stattgefunden hat, ist Einspruch erhoben worden. Der Ausschuß der Fischerei-Verammlung hat diesen Einspruch zu Recht anerkannt.

Sämtliche Ufereigentümer der Werre von der lipptischen Landesgrenze bis zum Anfang des Mühlengraben an der Schmeichele Mühle werden hiermit zwecks Festsetzung der Bedingungen für die Neuverpachtung der Fischerei nochmals zu einer Versammlung auf

Dienstag, den 1. Februar d. J., nachmittag 5 Uhr,
nach dem Stadtverordnetenversammlungssaal im Rathaus eingeladen.

Herford, den 28. Januar 1921.

Der Fischereivorsteher: J. W. Hemming.

Viehmarkt in Enger.

Auf den am 8. Februar d. J. stattfindenden Viehmarkt in Enger darf wegen der im Kreise Herford herrschenden Maul- und Klauenseuche Klauenvieh jeder Art (Rindvieh, Schafe, Schweine und Ziegen) gemäß § 168 der Ausführungsvorschriften zum Viehseuchengesetz nicht aufgetrieben werden.

Es findet also nur Pferde- und Krammarkt statt.

Enger, den 26. Januar 1921.

Die Polizeiverwaltung.

Brennholz, auf Osenlänge geschnitten (vor einem Jahr gefällt), ab Stadtlager 15 M., frei Haus 16 M. pro Zentner, ist billiger als auf irgend einer Auktion. Bestellungen werden werktäglich vormittags in meinem Geschäftszimmer entgegengenommen.

Enger, den 28. Januar 1921.

Riemann, Gemeindevorsteher.

Ein hiesiger Bürger hat mit Herrn Sealtiel vom Zirkus Busch, Berlin eine Wette um **1000 Mark** abgeschlossen. Die 1000 Mark sollen in 4 Tüten à 250 Mark von unparteiischen hiesigen Bürgern versteckt werden. Herr Sealtiel soll sie mittels Gedankenübertragung suchen und finden, widrigenfalls er die dagegen gesetzten 1000 Mark verliert. Der Austrag der Wette findet **Dienstag, den 1. Februar,** in der **Vorstellung Suttner-Sealtiel** statt.

Werkanns wissen

Ob Öl und Fette wieder teurer werden? Diese Frage wird täglich von mehr als hundert Hausfrauen an uns gerichtet. Wir haben jedoch eine Ladung (ca. 6000 Liter) bestes **Speise-Rüböl** direkt von einer zuverlässigen Ölmühle erhalten. — Wir wissen bestimmt, daß, solange der Vorrat reicht, bei uns der Preis von **17 Mt. 50 Pfg.** das Liter nicht erhöht wird. — Wir wissen bestimmt, daß das Öl gut ist und besseres Rüböl nicht geliefert werden kann. Margarine und Schmalz kaufen wir nicht auf Vorrat, um unsere Abnehmer stets billigst bedienen zu können. Von den großen Fettheringen St. 80 Pfg. haben wir noch eine Ladung nachbestellt. — **Zweiteil** kosten bei uns 75 Pfg. das Pfund.

Gemüse- u. Obstmarkt G. m. b. H.
Arndtstraße 6.

Räumungshalber gebe ich
la. trockenen, schweren Seiztorf und
ladellofes Buchen- und Kiefern-Brennholz
ofenfertig zu äußerst billigen Preisen ab. Sie finden das Beste vom Besten, bedeutend herabgesetzte Preise.

Wuh. Stranghörer Nachf.,
Kohlenhandlung.

1400 Kakao-Säcke
werde ich am **Dienstag, den 1. Febr. cr.,** mittags 12 Uhr in dem Lagerraum der **Herforder Sachzentrale, Annstraße** gemäß 373 S. G. B. öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigert.
Herford, den 29. Januar 1921.
Wittenburg, Gerichtsvollzieher.

Zwangsversteigerung.
Am **Dienstag, den 1. Februar cr.,** vorm. 11 Uhr versteigere ich in dem Lagerraum des Herrn **Speditors Schröder, Diebolderstraße**
5 Schlafstubeneinrichtungen
öffentlich meistbietend gegen Barzahlung.
Herford, den 29. Januar 1921.
Wittenburg, Gerichtsvollzieher.

Empfehle mich
zum Anfertigen und Reparieren von Korsetts
bei zugegebenen Stoffen.
Büstenhalter, Reformleibchen
und dergl. in u. ausser dem Hause bei billigster Berechnung.
Frida Wildermann, Bündersweg 93.

Saisonverkauf
in
PELZEN!
Um mein grosses, noch gut sortiertes Lager zu räumen, verkaufe zu bedeutend herabgesetzten Preisen.
Versäumen Sie nicht, von diesem ausserordentlich günstigen Angebot im eigenen Interesse Gebrauch zu machen. — Nur solange Vorrat.
Trotz der bedeutend herabgesetzten Preise gewähre für Fahrt von auswärts Mk. 10.—
Peitz-Etagengeschäft
H. Büttner, Bielefeld
Bahnhofstrasse 2, 1. Etage, Eingang im Kino.
Kein Laden.

Neu eingetroffen!
Ein Posten prima deutscher Teppiche und Diwan-Deden
zu billigen Preisen. Ferner empfehle Boucleteppiche, Käufer, Vorlagen und Felle.
Grösste Auswahl in Tapeten. Moderne Muster aller Art besonders preiswert.
Ehlers & Wilde (Inh. E. S. Meyer)
Herford, Radewigerstraße 24
Telefon 228. (gegenüber dem Cb. Verlinshaus.) Telefon 228.

Saatbohnen
tauscht gegen Ackerbohnen.
Georg Schweppe,
Herford, Telefon 341.

la. weißen afrikanischen Pflanzmais
empfiehlt
Georg Schweppe,
Herford, Telefon 341.

Neu eingetroffen!
Daunenoberbett
preiswert zu verkaufen.
Nachfragen unter 14484 in der Geschäftsst. dieser Zeitung.

Ein Damenpelztragen
(Steinmarbe mit Hermelinfutter) auf dem Wege zur Fürstlichen Hofkapelle verloren.
Von wem, sagt unt. 14480 die Geschäftsst. d. Zeitung.

Neuer schwarzer Gehrockanzug
mittl. Größe, zu verkaufen.
Nachfragen unter 14478 in der Geschäftsst. d. Zeitung.

Ein Stangenschwein
zu verkaufen.
Näheres unter 14476 in der Geschäftsst. dieser Zeitung.

Kaffee Germania
Täglich Konzert.

RATSKELLER HERFORD.
Dienstags und Freitags
von 7½ bis 11 Uhr

KÜNSTLER-KONZERT.

Musikverein.
Heute 8 Uhr pünktlich
Orchesterprobe.

Bruchfranke
können auch ohne Operation und Verunsicherung geheilt werden.
Nächste Sprechst. in Minden, **Bahnhofshof, Friedrich-Wilhelmstr. 13,** am 4. Febr. 1921 von 10-1 Uhr.
Dr. med. Raabs,
Spezialarzt für Bruchleiden,
Berlin W. 35, Potsdamerstr. 102

Hund
(Doberman) mit copiertem Schwanz und langen Ohren auf den Namen „Casar“ hörend entlaufen.
Wiederbringer erhält Belohnung. **Fr. Steffen,** Wellbroderweg 31a. Fernruf 1413.

Schrotmühle
für Müller preisw. abzugeben.
Friedensm. fast neu.
Rehbel, Rehme-Dehnhäusen-
Windenerstr. a. Friedhof.

Klein. Hofhund
mit Lederhalsband abhanden gekommen. Wiederbringer erhält Belohnung.
Langenberg 51.

Vorteilhaftes Angebot in Kleiderstoffen u. Seide

Einfarbige Kleiderstoffe Halbwollene Cheviots, Crepes und Diagonal-Stoffe in vielen Farben, 85 cm breit Serie I 2475 Meter Serie II 39.—	Reinwollene Kleiderstoffe in einfarbig und zwar Popeline und Serge und andere schöne Gewebe in reichem Farbensortiment, 103—105 cm breit Serie I 69.— Meter Serie II 79.—	Elfässer Cheviots prima Qualität, reine Wolle, für Kieler-Kleider, Schulkleider und Jackenkleider, in blau u. schwarz, teilweise mit Appreturflecken, 95—105 cm breit Serie I 57.— Meter Serie II 69.—	Reinwollene Kammgarn-Cheviots schwere Elsässer Ware, mit Appreturflecken, 130 cm breit Serie I 79.— Meter Serie II 87.—	Einfarbige Kostümstoffe und zwar feine Tuchstoffe, elegante Twill-Stoffe und gute Gabardine-Stoffe für Jacken-Kleider und Röcke Meter 148.—
--	---	--	---	--

180 cm breite reinwollene Tuche 98.—
für Morgen-Röcke und Unterröcke, in vielen Farben . . . Meter

Große Posten Mantelstoffe und Jackenkleiderstoffe 130 cm breit
Meter Serie I 28⁵⁰ Serie II 39.— Serie III 57⁵⁰

Große Posten Halbtuche für Hauskleider, Blusen und Kinderkleider, schwere Qualität, ca. 95 cm breit Meter 29 ⁵⁰	Hauskleiderstoffe in Halbwolle, dunkle Muster, 75—95 cm breit Serie I 19 ⁷⁵ Meter Serie II 24 ⁵⁰	Enorme Posten karierte Kleiderstoffe in bunt kariert, schwarz-weiß kariert, hübsche Muster, für Kleider, Kinderkleider und Blusen, 85—110 cm breit Serie I 26 ⁵⁰ Serie II 34 ⁵⁰ Serie III 49.— Serie IV 68.—	Blusen-Stoffe vorwiegend helle und dunkle Streifen, 70—90 cm breit Serie I 19 ⁷⁵ Meter Serie II 29 ⁵⁰	Reinwollene Blusenstreifen hervorragende Qualität, schöne neue Muster, 70 cm breit Meter 49.—
---	--	---	---	--

Neue Mantelstoffe in hübschen hellen Karos und feine einfarbige Stoffe, 130 cm breit
Meter Serie I 79.— Serie II 118.— Serie III 135.—

Covercoat-Stoffe für Mäntel, Kindermäntel und Jackenkleider, 130 cm breit
Meter Serie I 98.— Serie II 148.—

110 cm breites reinwollenes Foule-Tuch in vielen Farben für Kleider und Blusen Meter 89.—	Flausch-Stoffe für Morgen-Röcke, 120—130 cm breit, in vielen Farben, reine Wolle . . . Meter 98.— Baumwolle 130 cm breit . . . Meter 59.—	Buckskins für derbe Knaben-Anzüge, gute Qualitäten, 140 cm breit Serie I 69.— Meter Serie II 95.—	Kleiderstoff-Voiles schwarz-weiß kariert, hervorragende Qualität, ca. 100 cm breit Meter 19 ⁷⁵	Reinwoll. Voiles gediegene Qualitäten, in vielen Farben, ca. 100 cm breit Meter 65.—
--	--	---	--	---

Besonders vorteilhafte Seidenstoffe

Japon-Seide für Lampenschirme in vielen Farben 60 cm breit Meter 39 ⁵⁰	Japon-Seide für Lampenschirme und Kissen, Blusen und Kleider, weiß und farbig, ca. 90 cm breit Meter 69.—	Crepe de Chine-Seiden vorzügliche Qualität in vielen Farben 100 cm breit Meter 98.—	Eoliennes fast durchweg Wolle mit Seide in vielen Farben ca. 100 cm breit Meter 98.—	Foulard-Seide in hübschen Dessins ca. 80 cm breit Meter 49.—
--	--	--	---	---

Helvetia-Seide 29⁵⁰
unsere bekannt gute Waschseide, in vielen Farben, ca. 46 cm breit, Meter

Messaline-Paillette-Seide 36⁵⁰
in mehr als 30 Farben, 44—46 cm breit . . .

Bedruckte Helvetia Chantung-Seide, für Blusen, Kleider und Lampenschirme ca. 90 cm breit Meter 87.—	Seiden-Serge für Futterzwecke in grau, weiß und chang-chang 100—120 cm breit Serie I 39.— Meter Serie II 69.—	Einfarbige Kleider-Seide in Paillette-Messaline schwarz und farbig in reichen Farbensortimenten 85—90 cm breit Meter 78.—	Einfarbige Taffet-Seiden in schwarz und farbig in reichem Farbsortiment 85—90 cm breit Meter 98.—	Ca. 90 cm breite Taffet-Seide in gestreift und kariert reizende Stellungen Meter 98.—
--	---	--	--	--

S. Alsberg & Co., Bielefeld.

Genera
Nr.
Einn
Unter d
von den So
der Pariser
ter Simon
Arbeit abge
Nachmittag
und die Fra
Diensttag, m
vom Außen
Parteien Ge
Bis das
werden. D
Mitteilung
rifer Note
endgiltige
gutmachung
sich fast so
Vorschlägen
ändert werd
wird, daß d
man kaum a
abzuhandeln
auch erklärt
gewesen ist,
nach aus, a
Ausficht gen
Die erst
schläge als
Das muß r
man über d
42 Jahre er
harden Gold
8 Billionen
die gleicheit
Exportzusch
Reparations
diese Forde
nemenswer
ziehung der
Bedingungen
Stand einer
Ausficht mel
den. Keine
fein, wie sie
stimmen.
Aber na
sich die ande
tag einfach
Siegerstaate
betreten und
in der Note
der deutschen
men und in
werden sollen
ladung folge
leicht geteilt
etwas vom
Verhandeln
den die Par
Sommer 19
bereit finden
lungen rater
Wir De
vertrag gefti
die wir uns
heute ebenfo
Demittigung
Trotzdem di
nicht überwie
lichkeiten er
kommt. Die
die bei uns
Siegerstaate
vom Weltma
jedem Tage
überaus sch
barkeit des
wirken verne
auf die Dain